

(Mietz (CDU))

- (A) Ich hoffe, daß der nächste Einzelplan 03 anders aussehen wird. Es ist traurig, daß die Anträge, die wir stellen, immer wieder abgelehnt werden. Deswegen haben wir uns dazu entschlossen, diesmal keine Anträge zu stellen. Die CDU-Fraktion hat statt dessen einen Entschließungsantrag eingebracht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Frau Friebe: Zu einer kurzen Bemerkung hat sich Herr Abg. Trinius von der Fraktion der SPD gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Trinius (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte hier - zugleich im Namen von Leo Dautzenberg, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" - eine kurze Richtigstellung vornehmen. Ich habe darüber auch mit Frau Dagmar Larisika-Ulmke gesprochen. Wenn wir nach jahrelangen Bemühungen gemeinsam einen Erfolg erreicht haben, sollten wir auch sagen: Dies ist ein gemeinsamer Erfolg aller drei Fraktionen in diesem Hause.

(Zustimmung bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Wir sollten an einer solchen Stelle dann nicht - sozusagen aus der gemeinsamen Arbeit ausscherend - versuchen, einen Anspruch jeweils einzeln geltend zu machen.

- (B) Es geht hier darum, wie wir die Versorgungslücke für die lebensälteren Bewerber, die mit 30 oder 35 Jahren in den Polizeidienst eingetreten sind, schließen. Diese Versorgungslücke ist der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" vor gut einem Jahr aufgefallen. Alle Fraktionen haben sich in dieser Arbeitsgruppe verpflichtet, auf ihre Bundestagsfraktionen einzuwirken. Zu einer Bundestagsinitiative ist es aber nicht gekommen. Wir haben uns untereinander jeweils über alle Schritte und über den Stand der Auseinandersetzung informiert.

Ich meine, es wäre gut, wenn wir hier in diesem Hause im Blick auf die Öffentlichkeit und auch die Betroffenen eindeutig feststellten, daß die Lösung dieses schwierigen Problems am Ende durch das Zusammenwirken aller politischen Kräfte in diesem Landtag gelungen ist. In diesem Zusammenhang ist auch den Staatssekretären für Inneres und für Finanzen zu danken, die den Weg, den wir gewählt haben, zum Schluß gangbar gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Frau Vizepräsident Friebe: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. (C)

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Entwurf des Einzelplans 03 - Innenminister - entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2673 zustimmen möchten, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe bitte! - Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß der Einzelplan 03 in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. angenommen worden ist.

Ich rufe nunmehr auf:

Stellenpläne

In die Beratung werden der Änderungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Besetzungssperre Drucksache 10/2696 und der Änderungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Lehrerstellen Drucksache 10/2697 einbezogen. Da sich beide auf § 7a des Haushaltsgesetzes beziehen, erfolgt die Abstimmung über diese beiden Änderungsanträge erst übermorgen im Zusammenhang mit der Abstimmung über das Haushaltsgesetz.

In Drucksache 10/2696 bitte ich eine Berichtigung vorzunehmen: Eingangs muß es statt "§ 7 Abs. 1" heißen "§ 7a Abs. 1".

Ich eröffne nunmehr die Beratung und erteile Herrn Abg. Bensmann von der Fraktion der CDU das Wort. (D)

Bensmann (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bereich "Personalbedarf und Stellenpläne" nimmt in der Etatdebatte nur einen zeitlich sehr begrenzten Raum ein. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß wir nachher, wenn wir über diesen Bereich beschließen, über 40 % des gesamten Landeshaushalts beschließen. Vor dem Hintergrund der katastrophalen Haushaltslage und der Verschuldung in NW ist es deshalb zwingend erforderlich, daß hier eine kritische politische Durchforstung vorgenommen wird.

Zuerst folgende Feststellung: Im Ländervergleich liegt Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Leister, nicht, wie von Ihnen behauptet, ganz vorn, sondern es liegt zwischen Mitte und Ende. - Sie brauchen nicht den Kopf zu schütteln.

Wenn man nämlich das Personal der Landschaftsverbände hinzuzählt - diese 30 000 Staatsdiener -, dann kommen wir auf einen

(Bensmann (CDU))

- (A) Satz von 43 %, und dann stehen wir eben nicht so günstig da, wie von Ihnen in der letzten Sitzung behauptet. Hier muß man noch ergänzen: und das trotz eines hohen Kommunalisierungsgrades. Dieser spielt ja auch bei der Beamtendichte beim Land und bei den Kommunen eine Rolle. Das ist zwar nicht immer vergleichbar; aber ich wollte noch einmal daraufhin weisen. Hier also wiederum keine positive, sondern eine negative Meldung aus dem Land Nordrhein-Westfalen!

Am 3. November 1986 beschloß die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" einstimmig, daß die Landesregierung vor der Sommerpause 1987 ein Konzept vorzulegen habe, wo der Personalaufwand aufgabenkritisch zu untersuchen sei. Dieses liegt bis heute nicht vor. Schlimmer noch: In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 7. Dezember 1987 - also ein Jahr später - erklärt der Chef der Staatskanzlei, erst in der letzten Sitzung des Kabinetts - also im Dezember 1987 - habe das Kabinett beschlossen, aufgabenkritisch an den Bereich Personal heranzugehen. Das bedeutet: Ein Jahr ist verstrichen, ohne daß die Regierung tätig wurde. Das bedeutet ein verlorenes Jahr, das nicht mehr zurückzuholen ist. Es drängt sich die Frage auf, ob die Regierung überhaupt willens ist, dieses Problem anzugehen.

Dies ist um so unverständlicher, wenn man den Bericht der Regierung über die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf das Regierungshandeln studiert.

(B)

Ich möchte hier mit Genehmigung der Frau Präsidentin den Damen und Herren zwei Zitate zu Kenntnis geben. Zu dem Problem heißt es erstens:

Dazu ist es notwendig, die öffentliche Verwaltung zu erneuern und ihre Leistungsfähigkeit im Dienste der Bürger zu erhöhen.

Oder:

Bei Bevölkerungsschrumpfung besteht mithin insgesamt die Gefahr, daß der öffentliche Sektor zu aufwendig wird. Das wiederum hat zur Folge, daß Bereiche mit dringlichem neuen Bedarf finanziell geringer ausgestattet werden, als dieses theoretisch

- ich frage mich: Warum nicht eigentlich auch praktisch? -

bei einem rechtzeitigen Abbau nicht mehr benötigter Kapazitäten möglich gewesen wäre.

Letztes Zitat:

Es wird darauf hingewiesen, daß über die Verwendung freiwerdender personeller und sachlicher Ressourcen in einem grundsätzlich offenen Prozeß politisch jeweils neu zu entscheiden ist.

Ich stelle für die CDU fest: Die Analyse ist richtig und wird auch von uns getragen. Doch wo ist eigentlich Ihr Regierungshandeln, wie es so groß auf der ersten Seite der Broschüre ausgedruckt ist? Wo ist eigentlich, Herr Dr. Leister, der politische Dialog, zumindest mit der Arbeitsgruppe? Wo bleibt eigentlich der politische Führungsanspruch, den Sie immer so für sich in Anspruch nehmen?

Zur Verdeutlichung des gesamten Problems noch ein paar Zahlen! In den letzten 20 Jahren ist die Ministerialbürokratie um 100 % von 2 000 auf 4 000 Staatsdiener angewachsen. 1957, Herr Chef der Staatskanzlei, wurden für Personal der Staatskanzlei 1,3 Millionen DM ausgegeben; heute sind es 11,3 Millionen DM. Bei den Ministerien gibt es aber auch einen Spitzenreiter: Im Haushalt des MURL wurden im Jahre 1957 2,2 Millionen DM ausgegeben; heute sind es mehr als 26 Millionen DM. Ich kann nur sagen: Ein Faß ohne Boden.

Aber die Sünden der Vergangenheit werden uns einholen. Auch dies haben Sie in der Dokumentation über die Bevölkerungsentwicklung sehr deutlich gesagt. Während 1987

1 300 Personen in den Ruhestand gehen, sind es 1990 3 500 und im Jahre 2000 werden es nach der Prognose 7 200 sein. Dies führt dazu, daß ein immer höherer Anteil an Personalaufwendungen für die pensionierten Staatsdiener ausgegeben werden muß und daß für die im aktiven Dienst befindlichen, das heißt, die den Servicedienst für den Bürger ausübenden Beamten und Angestellten kaum noch Geld da sein wird. In der Konsequenz heißt das für mich, daß hier schnellstens gehandelt werden muß und nicht ein Jahr verstreichen darf, ohne daß wir in der Sache weiter vorankommen.

In diesem Zusammenhang ist für uns überhaupt nicht zu verstehen, daß Sie nicht in der Lage sind, mit uns in einen Dialog über neue Methoden einzutreten. Ich will in aller Deutlichkeit sagen: Wir sperren uns nicht grundsätzlich dagegen, daß dort, wo neue Aufgaben entstehen, auch neues Personal zur Verfügung gestellt wird. Dazu stehen wir auch. Hier war eben das Stichwort "Problem der sogenannten Weyerlinge". Der Beschluß dazu ist von allen Fraktionen einstimmig

(C)

(D)

(Bensmann (CDU))

- (A) gefaßt worden. Wir haben auch zugestimmt, als es darum ging, Personal für die Aidsbekämpfung bereitzustellen, und wir haben auch zugestimmt, als es darum ging, die Finanzgerichtsbarkeit entsprechend auszustatten, damit die Bürger nicht unzumutbar lange auf ein gerechtes Urteil warten müssen.

Aber die alte Methode der Wiederbesetzungssperre gehört wirklich in die Mottenkiste. Das ist konzeptlos, ist ein Zufallssystem ohne politische Steuerung, weil ja niemand von Ihnen auf der Regierungsbank entscheiden kann, wer in Pension geht. Wenn irgendeine Stelle frei wird, worauf Sie keinen Einfluß haben - es sei denn, sie kündigten jemandem -, dann wird diese Stelle ein Dreivierteljahr nicht besetzt. Wenn man hier überhaupt nicht eingreifen kann, bedeutet das doch in der Konsequenz: Für neun Monate wird die Arbeitsleitung einfach in einem bestimmten Sektor weggenommen, ohne daß gesagt wird, wie es letztendlich weitergehen soll.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf unseren Antrag Drucksache 10/2696 eingehen, in dem wir die Aufhebung dieser Wiederbesetzungssperre fordern. Wir beantragen, statt dessen bis zum Ende des Jahres 1988 nach einer aufgabenkritischen Untersuchung 2 000 Stellen endgültig abzubauen. In der Summe, meine Damen und Herren und Herr Finanzminister, ist das das gleiche, was Sie mit der Wiederbesetzungssperre erreichen. Damit wollen Sie 120 Millionen DM einsparen; so Ihre Aussage im Haushalts- und Finanzausschuß. Mit der Streichung dieser 2 000 Stellen erreichen Sie justament dieselbe Einsparung, wie Sie sie mit der Wiederbesetzungssperre erreichen wollen.

(B)

Ich meine - und darin sind wir uns ja einig, Herr Finanzminister -, es wäre schön gewesen, wenn Sie sich da im Kabinett durchgesetzt hätten. Diese Rasenmähermethode - Verstellen der Schnitthöhe von sechs Monaten auf neun Monate oder umgekehrt; es kommt darauf an, wie man es sieht - ist letztlich widersprüchlich und in der Sache falsch. Es wäre doch richtig gewesen, mit uns diesen Weg zu gehen, um den Ministerien - ich sage es einmal so - ein bißchen die Daumenschrauben anzulegen und sie zu fragen: Sollen zufällig irgendwo Arbeitsleistungen eingespart werden, oder wollen wir aufgabenkritisch an die Sache herangehen?

Der nunmehr eingeschlagene Weg ist halberzig, und ich bedaure, daß Sie sich mit Ihrem Weg nicht durchgesetzt haben. Ich plaudere hier nicht aus dem Nähkästchen, meine Damen und Herren, wenn ich sage:

Wenn man sich einmal mit den Fachleuten unterhält, sagen alle unstreitig, das sei der richtige Weg. Ich fordere Sie eindringlich auf, diesen Weg mit uns zu gehen. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Eine Anmerkung zum Thema Schwerbehinderte! Ich fordere Sie nachdrücklich auf, auch auf diesem Gebiet Ihrer gesetzlichen Pflicht nachzukommen und die entsprechende Quote zu erreichen. Daß das im nachgeordneten Bereich, beispielsweise bei der Polizei, nicht immer zu erreichen ist, ist uns völlig klar. Aber in der Ministerialbürokratie gibt es riesige Unterschiede. Im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales - das muß ich einmal loben; der Minister ist nicht da - beträgt die Besetzungsquote 12,2 %, Minister Matthiesen beschäftigt in seinem Ministerium nur 5,8 % Behinderte. Man sollte auch zur Kenntnis nehmen, daß in der Staatskanzlei jeder Zehnte behindert ist.

(Minister Dr. Posser: Das Finanzministerium liegt auch über dem Durchschnitt!)

- Ich habe Sie nicht kritisiert, Herr Finanzminister, sondern nur gesagt: Die gesetzliche Quote ist noch nicht erreicht. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten, sie zu erreichen.

Nun zu dem Sündenfall der SPD-Fraktion, was die 400 zusätzlichen Stellen angeht, meine Damen und Herren! Die Finanzierung ist für meine Begriffe in Teilbereichen zumindest nach wie vor unklar. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Minister Posser, wenn Sie dem Plenum deutlich machen könnten, wie folgende Aussage des Chefs der Staatskanzlei zu verstehen ist, die er am 7. Dezember 1987 in der Sitzung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" gemacht hat - ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin -:

(D)

Die 400 Stellen, die auf Antrag der SPD zusätzlich in den Haushalt eingestellt werden sollten, würden durch eine ressortübergreifende aufgabenkritische Überprüfung innerhalb von fünf Jahren erwirtschaftet.

Was heißt das eigentlich für die Zukunft, Herr Finanzminister? Nach meinem Verständnis ist das der beste Beweis für die Konzeptlosigkeit und für das bewußte Offenlassen ganz bestimmter Fragen, die Sie, Herr Finanzminister, eigentlich geregelt wissen wollen, deren Durchsetzung aber im Kabinett scheinbar nicht zu erreichen ist. Vielleicht

(Bensmann (CDU))

- (A) geht es auch darum, ein Kräftespiel zwischen Fraktion und Regierung stattfinden zu lassen.

Ich stelle zum Schluß fest:

Erstens. Die Regierung Rau ist dem einstimmigen Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses, für den Haushalt 1988 ein aufgabenkritisches Konzept zur Reduzierung der Personalkosten vorzulegen, bislang nicht nachgekommen.

Zweitens. Kommt die Landesregierung dem von allen drei Fraktionen einstimmig gefaßten Beschluß der Arbeitsgruppe, bis zum Frühjahr 1988 ein ressortübergreifendes Konzept aufgabenkritischer Untersuchung der personalpolitischen Auswirkungen vorzulegen, nicht nach und wird diese dringend notwendige Aufgabe weiterhin derart nachlässig behandelt, wird die CDU nicht mehr bereit sein, den bisher von allen Fraktionen gemeinsam getragenen Weg mitzugehen. Das sage ich für meine Fraktion in aller Deutlichkeit.

Der jetzt von der Landesregierung vorgelegte Personalhaushalt ist wiederum Ausdruck der sachpolitischen Hilfs- und Konzeptlosigkeit und ein erneuter Beweis für die Feststellung, daß das Kabinett Rau nicht in der Lage ist, die Weichen für die Zukunft unseres Landes zu stellen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dorn (F.D.P.))

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Vielen Dank! Es spricht jetzt Herr Abg. Trinius für die Fraktion der SPD.

Trinius (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Beschluß der SPD-Fraktion, 400 zusätzliche Stellen im Haushalt einzurichten, ist sicherlich ein Kraftakt gewesen. Für das Haushaltsjahr 1988 können wir dafür noch eine Deckung anbieten, wir müssen die Deckung in den Folgejahren natürlich noch erbringen. Wir glauben aber, daß diese Deckung in den Folgejahren erbracht werden kann, wenn nicht nur bei den obersten Landesbehörden, sondern auch bei den nachgeordneten Behörden sehr kritisch geprüft wird, an welchen Stellen Einsparungen möglich sind.

Wir haben es aber für erforderlich gehalten, diese Stellen einzurichten, weil wir vor wichtigen Zukunftsaufgaben stehen. Denken Sie allein daran, daß wir für die Staatlichen Ämter für Wasser- und Abfallwirtschaft rund 50 Stellen zusätzlich eingerichtet haben, oder denken Sie daran, daß wir für die Gewerbeaufsicht - ich beziehe die Gewerbeärzte ein -

100 zusätzliche Stellen eingerichtet haben mit der Maßgabe, daß sie gleichgewichtig sowohl dem Arbeitsschutz in der Regie des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales als auch dem Immissionsschutz - Aufgaben, die immer wichtiger werden - zugute kommen sollen. Wir glaubten, daß wir uns diesen Aufgaben nicht entziehen können. (C)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bensmann?

(Trinius (SPD): Gern!)

- Bitte schön!

Bensmann (CDU): Herr Kollege Trinius, darf ich die Feststellung, die Sie soeben getroffen haben - "Wir haben festgestellt, daß hier dringend notwendige Aufgaben zu erledigen sind" -, so interpretieren, daß Sie über die Notwendigkeiten im Bereich des Personals eine bessere Einsicht und einen besseren Überblick als die Landesregierung haben? Denn die Landesregierung hat das nicht vorgeschlagen; es war ein Vorschlag der SPD-Fraktion.

Trinius (SPD): Herr Kollege Bensmann, ich habe beste Kenntnis von unseren politischen Absichten, das Land ökonomisch und ökologisch zu erneuern. Weil wir diesen Schwerpunkt setzen wollen, haben wir auch als Fraktion gesagt: Wir möchten diese personelle Verstärkung haben. Da liegt der Grund, und ich halte diesen Grund auch für völlig ausreichend. Die Verstärkung insgesamt halte ich für eine gute Sache für die Zukunft. (D)

Die Stellen für die Gewerbeaufsicht sollen also, wie ich erwähnt habe, in gleicher Weise dem Arbeitsschutz und dem Immissionsschutz zugute kommen.

Sie haben ja im übrigen von unserem Vierhunderter-Paket auch profitiert. In einem Punkt haben Sie mit uns gestimmt. Das war die Einrichtung von 50 zusätzlichen Stellen für Polizeianwärter und -anwärterinnen. Sie haben sich schwergetan, den zusätzlichen 23 Stellen für die Finanzgerichte nicht zuzustimmen. Wir alle wissen, daß wir diese Stellen einrichten müssen; denn es gibt inzwischen ein Bundesverfassungsurteil, das uns einen anderen Weg kaum noch erlaubt.

Sie haben darüber hinaus - da wird das Paket schon etwas größer - bei 10 Stellen für Gewerbeärzte zugestimmt. Halt! Bei den Gewerbeärzten haben Sie sich der Stimme enthalten. Sie haben auch bei 7 Stellen für die Erweiterung der Operationskapazität am

(Trinius (SPD))

- (A) offenen Herzen in Köln zugestimmt. Das ist sogar ein einstimmiger Beschluß gewesen.

Nun zu Ihrem Deckungsvorschlag! Sie schlagen vor, im Haushaltsgesetz 2 000 Stellen in Abgang zu stellen. Herr Kollege Bensmann, ich sage Ihnen, wir haben diesen Vorschlag sehr sorgfältig geprüft. Wir haben auch erwogen, ob wir ihn analog auf unser Plus von 400 Stellen anwenden sollen, indem wir ins Haushaltsgesetz schreiben, 400 Stellen sollen in Abgang gestellt werden.

Wir haben geprüft, wie eine solche Regelung funktionieren würde, und sind dabei - das gilt für die 400 und die 2 000 in gleicher Weise - zu dem Ergebnis gekommen: Wenn wir einen solchen globalen Stellenabgang beschließen, wirkt sich das wie folgt aus: Dort, wo eine Stelle gerade frei ist, muß sie in Abgang gestellt werden.

Nun kann man sich die einzelnen Gebiete der Landesregierung ansehen. Dabei wird man feststellen: Die meisten freien Stellen haben wir naturgemäß bei den Hochschulen. Das liegt daran, daß Berufungsverfahren eine gewisse Zeit dauern: sechs Monate, neun Monate, manchmal ein Jahr, mitunter eineinhalb Jahre. Aber auf die Qualität der Besetzung dieser Stellen kommt es am Ende an. Da bräuchten wir schon hier wieder eine neue Sonderregelung.

- (B) Wir wissen im übrigen: Stellt man 400 Stellen so in Abgang, dann träfe das vor allem den Bereich der Angestellten. Dort haben wir die höchste Fluktuation. Wir wissen nicht, ob das zu dem Bedarf an Personal und Besetzung von Stellen der Angestellten bei der Polizei oder bei den Gerichten oder bei den Finanzämtern paßt.

Deswegen haben wir gesagt, es dürfte besser sein, darauf zu setzen, daß bei einer eingehenden Prüfung in den nächsten Jahren, einer Prüfung, die sich bis in die nachgeordneten Behörden erstreckt, die erforderliche Zahl an Stellen zur Deckung erbracht werden kann.

Sie haben die Äußerung des Staatssekretärs in der Staatskanzlei erwähnt. Wir setzen darauf, wie zugesagt, daß der Chef der Staatskanzlei gemeinsam mit dem Finanzminister uns im Frühjahr 1988 in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" darstellen wird, wie eine ressortübergreifende kritische Untersuchung aussehen kann. Wir alle wissen, daß es nicht nur Aufgabenrückgang, sondern auch notwendigen Aufgabenzuwachs gibt.

(C) Wir wissen ebenso - das wissen am besten Ihre Schulleute -, daß man sich nicht nur an der demographischen Kurve orientieren kann. Die Zahl der Studierenden allein sagt noch nichts darüber aus, welchen Wissenschaftsstandard wir in unserer Republik haben müssen. Ähnliches könnte man für die Ausstattung der Polizei oder des Polizeipräsidenten machen. Auch darüber haben wir gesprochen. Ich glaube, wir sind auch in solchen Punkten zu guten Ergebnissen in dieser Arbeitsgruppe gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. spricht Herr Abg. Dorn. Bitte, Herr Kollege!

Dorn (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist natürlich ein trockenes Thema, über das wir hier reden. Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", Herr Kollege Dautzenberg, spielt sich weithin hinter den Kulissen ab, ist aber trotzdem sehr arbeitsintensiv.

Auf der anderen Seite erledigen wir in dieser kleinen Arbeitsgruppe für das gesamte Haus eine Vielzahl von Einzelproblemen. Wenn sie alle in den Fachausschüssen hätten beraten werden müssen, hätten die Fachausschüsse sicher jeweils zwei, drei Sitzungen machen müssen, wenn sie mit derselben Intensität herangegangen wären. Das muß man ganz nüchtern sehen.

(Zustimmung der Abgeordneten Trinius (SPD) und Dautzenberg (CDU))

Deswegen ist es für die Arbeitsgruppe nicht ganz einfach, die Personalstrukturen, die wir endlich von der Landesregierung vorgelegt bekommen wollen, für die Bereiche Hochschulen, Polizei und Lehrer - das sind ja die drei wichtigsten Bereiche - kurzfristig zu erledigen.

Ich bin froh, Herr Trinius, daß wir mit der Regelung der "Weyerlinge" nun endlich einvernehmlich zu einem Abschluß gekommen sind und daß die Landesregierung nun im Bundesrat mit ihrer Initiative die gesetzlichen Voraussetzungen mit schaffen muß, damit wir auf Bundesebene weiterkommen.

Lassen Sie mich zu dem Antrag der CDU-Fraktion und zu der Frage der Stellenbesetzungssperre einige Worte sagen.

Die CDU beantragt, 2 000 Stellen zu streichen. Es ist natürlich für uns alle schwer nachvollziehbar, wo diese 2 000 Stellen ge-

(Dorn (F.D.P.))

- (A) strichen werden sollen. Bei der Polizei können sie ja wohl nicht gestrichen sollen; auch nicht bei den Lehrern, weil die CDU ja zusätzlich 1 500 Stellen für Lehrereinstellung haben will. Über diesen Antrag kann man also, wie es die CDU getan hat, nur global mit einer Summe von 120 Millionen abstimmen.

Nur, Herr Kollege Bensmann, diese 120 Millionen sind natürlich eine Fiktion. Da machen wir uns ja nichts vor.

(Dautzenberg (CDU): Zahlen des Finanzministers!)

- Herr Kollege Dautzenberg, auf den Finanzminister und seine Argumentation trifft das genauso zu. Das werde ich nachher darlegen.

Wir finden eine Lösung weder mit diesen 2 000 Stellen noch mit dem Vorschlag, den Herr Kollege Worms vor einigen Wochen gemacht hat, nämlich jede dritte freiwerdende Stelle nicht wieder zu besetzen. Auch das ist keine Lösung, die man realisieren kann. Wir wissen ja alle, wie groß die Fluktuation zum Beispiel bei Krankenschwestern und in der Finanzverwaltung ist. Wenn wir da jede dritte freiwerdende Stelle einsparen würden, hätten wir in kürzester Zeit chaotische Verhältnisse in der Personalstruktur in unserem Land. Auch das bringt uns also nicht weiter.

- (B) Die Sozialdemokraten haben - ich gestehe ein: kurioserweise - insgesamt 400 Stellen zusätzlich beantragt. Sie haben im Laufe der Beratungen uns im einzelnen mitgeteilt, auf welche Bereiche sie verteilt werden sollen. Sie haben das dann mit Mehrheit beschlossen. Es war eine politische Entscheidung, Herr Kollege Trinius. Das verstehe ich. Wir haben sie in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" nicht weiter erörtert.

Nur, die Verteilung dieser Positionen hat uns insofern gewundert, als Sie hier doch mit der Zuweisung von einer Vielzahl von Personalstellen in verschiedene Einzelhaushalte praktisch den jeweiligen Ressortministern nachweisen, daß sie ihre Schulaufgaben nicht gemacht haben; denn anders kann man es nicht beurteilen.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Vom Ressort waren solche Dinge ja nicht vorgesehen. Am deutlichsten erkennbar war das gestern, als die Wissenschaftsministerin sich für die ZIM-Positionen, die ihr nach den Vorstellungen von Herrn Jochimsen nun zufallen, dann auch noch bedankt, weil sie jetzt die Dinge erledigen kann, die sie im Kabinett nicht durchgesetzt hat - vielleicht

sogar nicht beantragt hat; das weiß ich nicht. (C)

Nun lassen Sie mich zu einem Problem sui generis kommen, nämlich zu der Frage der zusätzlichen Stellen für die Lehrer. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Januar 1976, vor fast nunmehr 12 Jahren, hat die damalige Kommission für Personal und Stellenpläne eine Pressekonferenz durchgeführt. In dieser Pressekonferenz haben wir - der jetzige Landtagspräsident Denzer, der jetzige Landtagsvizepräsident Dr. Klose und ich - einmütig vorgeschlagen, daß wir so mit der Lehrerstellenentwicklung nicht mehr weiter fortfahren können, weil nämlich auch vom damaligen Kultusminister Girgensohn schon eine ausführliche Dokumentation erstellt worden war, aus der ersichtlich war, daß wir Mitte der 80er Jahre 18 000 arbeitslose Lehrer haben würden.

Ich habe damals in einem Presseartikel geschrieben: "Sehenden Auges gehen wir in der Lehrerausbildung einer Katastrophe entgegen und schaffen in den nächsten Jahren auch in unserem Lande ein akademisches Proletariat." Ich habe seinerzeit die Landesregierung gebeten, sie möge doch die Kapazität der Lehrerausbildungsplätze um 50 % reduzieren, weil das der einzig vertretbare Weg sei, auf dem man noch zu einer vernünftigen Lehrerteilung in der einzelnen Schulbereichen kommen würde. Das ist alles nicht geschehen. Wir stehen also jetzt vor dieser miserablen Situation. (D)

Dann erleben wir in der öffentlichen Auseinandersetzung, daß der Kultusminister sagt, wir haben rund 12 000 - 11 900 hat er, glaube ich, genau gesagt - Lehrer zuwenig; der Finanzminister sagt, wir haben 17 000 Lehrer zuviel. Nur kann uns kein Mensch sagen, wie wir die Differenz von 29 000 Lehrerstellen, die innerhalb der Landesregierung sichtbar geworden ist, nunmehr politisch oder personalpolitisch entscheiden sollen.

Ich meine also, hier wird es dringend erforderlich sein, daß die Landesregierung untereinander einmal abstimmt, welche Zahlen nun richtig sind. Der Ministerpräsident sollte sich vielleicht auch überlegen, ob er nicht seine Ressortminister einmal zu einem Gespräch einlädt, damit nicht solche Differenzen auftreten.

Eine letzte Frage möchte ich ansprechen, die Frage der Stellenbesetzungssperre. Der Finanzminister hat uns mitgeteilt, daß seine Stellenbesetzungssperre von sechs auf neun Monate ausgeweitet werden soll, weil der

(Dorn (F.D.P.))

- (A) damit 120 000 Millionen DM einsparen soll. Auf dieser Summe beruht auch das, was die CDU-Fraktion vorschlägt. Nur ist das, meine Damen und Herren, eine eindeutige Milchmädchenrechnung. Wenn neun Monate lang solche Stellen nicht besetzt werden, glaubt doch keiner, daß die Arbeit nicht gemacht werden muß. Da würden ganze Behörden nur noch in der Lage sein, die halbe Arbeitsleistung zu vollbringen.

Das heißt, es werden Überstunden angeordnet für diejenigen, die vorhanden sind, und die Überstundenvergütungen fressen fast den gleichen Betrag - nämlich 100 Millionen DM - auf, so daß im Endergebnis nur eine ganz minimale Summe an Einsparung übrigbleibt. Das wissen wir alle aus der praktischen Erfahrung. Jeder, der einmal eine Behörde geleitet hat, weiß ganz genau, was da auf ihn zukommt. Somit ist diese Summe von 120 Millionen DM eine fiktive Zahl, die mit der realen Einsparung von Personalkosten überhaupt nichts zu tun hat.

Ein Weiteres möchte ich dazu sagen, meine Damen und Herren: Wir haben zuviel Personal in bestimmten Bereichen unseres Landes; darüber gibt es gar keinen Zweifel. Jetzt kommt es uns darauf an zu sagen, daß, wenn eine Stelle frei wird, die Behörde prüfen muß, ob diese Stelle unabdingbar wieder besetzt werden muß. Das kann auch schon geschehen, solange derjenige, der die Stelle freimacht, noch im Dienst ist. Wenn die Stelle unabweisbar neu besetzt werden muß, dann muß sie besetzt werden, aber auch dann zu dem Zeitpunkt, wo sie frei wird, damit die Arbeit in dieser Dienststelle vernünftig weiterlaufen kann. Deswegen werden wir der Ausweitung der Stellenbesetzungssperre auf neun Monate nicht zustimmen.

(B)

Wenn es sich erweisen sollte - was mit Sicherheit bei einer Reihe von Stellen, die vielleicht die Zahl 2 000 erreicht; das kann ich nicht beurteilen, das müßte erst einmal eine Analyse der Verwaltung und der Stellenbesetzung ergeben -, daß eine solche Stelle nicht mehr besetzt werden muß, daß sie nicht unbedingt erforderlich ist - und dafür gibt es eine Vielzahl von Bereichen -, dann muß die Stelle eingespart und gestrichen werden, dann kann sie überhaupt nicht mehr besetzt werden, weder in neun Monaten noch in einem Jahr.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Es wäre gut, wenn die Regierung sich zu dieser Strukturanalyse endlich zusammenfinden und zu einer gemeinsamen Konzeption kommen würde, die uns dann vorgetragen

wird. Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" wird mit Sicherheit mit Freude darangehen, der Regierung dann entsprechend zu helfen, zu vernünftigen Personalkostenreduzierungen zu kommen. (C)

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Vielen Dank. Ich erteile Herrn Abg. Dautzenberg für die Fraktion der CDU das Wort.

Dautzenberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu einigen Punkten kommen, die hier angesprochen worden sind, einige Klarstellungen und Verdeutlichungen vortragen.

Zunächst aber eine Vorbemerkung! In der Anlage zu Drucksache 10/2623 ist ein Schreibfehler enthalten. Ich darf das hier mit anbringen, weil die Anlage zur Beschlußgrundlage gehört, damit nachher nicht Irritationen entstehen, ob auch das beschlossen worden ist, was aus den Anlagen nicht ersichtlich ist.

Auf Seite 1 der Anlage 2 zu der genannten Drucksache muß in der Spalte "Neue Stellenzahl" bei den Leerstellen der Gedankenstrich durch die Ziffer "1" ersetzt werden. Hier ist zwar ein Zugang von einer Stelle ausgewiesen, aber der Bestand ist in diesem Bereich nicht verzeichnet, Herr Innenminister, so daß diese den Einzelplan 03 betreffende Anlage entsprechend ergänzt werden muß. Dieser Zusammenhang ist aber aus der Drucksache 10/2635, in der die gesamten Beratungsergebnisse der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" zusammengefaßt worden sind, erkennbar. (D)

Frau Präsidentin hat schon darauf hingewiesen, daß sich der Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 10/2696 zur Besetzungssperre natürlich auf § 7 a des Haushaltsgesetzes bezieht. Der Fehler ist in der Verwaltung entstanden.

Nun zur Sache! Herr Kollege Trinius, wenn Sie ausführen, die SPD-Fraktion habe die Bereitstellung der 400 Stellen als politische Notwendigkeit erkannt, sie jedoch nachher eine saubere Verteilung auf die einzelnen Ressorts vollzogen hat, dann muß man in der Tat feststellen, daß die SPD-Fraktion, was die politische Führungsaufgabe angeht, klüger war als beispielsweise das jeweilige Ressort, weil diese die Notwendigkeit der Stellenerweiterungen nicht gesehen haben. Immerhin haben wir zwei Ergänzungen zum Landeshaushalt erhalten. Man hätte erwarten können, daß die Erweiterung durch diesen 400-Stel-

(Dautzenberg (CDU))

- (A) len-Block, verteilt auf die einzelnen Ressorts, zumindest in der im Dezember erschienenen Drucksache 10/2670, der zweiten Ergänzung, enthalten gewesen wäre.

Zudem hat zu großen Bereichen dieser Stellenverteilung - ich nehme allein das MURL - in den zuständigen Fachausschüssen keine Beratung mehr stattgefunden, so daß auch für die Kollegen unserer Fraktion in diesen Gremien die Möglichkeit der sachlichen Prüfung dieser Notwendigkeit nicht mehr gegeben war. Ich meine, dieses Verfahren könnte man in den nächsten Jahren anders gestalten. Zumindest sollte die Landesregierung dann diese Notwendigkeit ebenfalls erkennen und in Ergänzungen einarbeiten.

(Reinhard (SPD): Die Fachausschüsse müssen wieder mehr zu sagen haben, nicht nur Sie!)

- Herr Kollege Reinhard, darin sind wir uns einig, daß die Arbeitsgruppe und der Haushalts- und Finanzausschuß an sich noch mehr zu sagen haben müßten - auch in der Abgrenzung der einzelnen Fachausschüsse. Dann wäre es um manche Bereiche auch besser bestellt.

(Bensmann (CDU): Ein zustimmendes Lächeln des Staatssekretärs des Finanzministers!)

- (B) Ein weiterer Punkt! Wenn Sie im Bereich der Gewerbeaufsicht auf dem Gebiet des Umweltschutzes die Notwendigkeit der Verfolgung und der Feststellung bestimmter Delikte - eine politische Entscheidung der Fraktion - erkennen, Herr Kollege Trinius, muß man in der Tat natürlich auch fragen: Muß man dann nicht auch die ordentliche Gerichtsbarkeit mit mehr Richterstellen und Hilfsstellen ausstatten, damit die verstärkte Überprüfung dieser Umweltbereiche nachher auch durch die Rechtspflege - und es kommt dann ja zu Fällen der Rechtspflege - entsprechend begleitet werden kann? Denn sonst handelte es sich nur um einen Tropfen auf den heißen Stein, wenn man zwar bestimmte Vergehen und Delikte feststellte, die Rechtssprechung aber nicht in die Lage versetzte, diese auch nach rechtsstaatlichen Kriterien abzuwickeln.

Dann, Herr Kollege Dorn, sprachen Sie gegen unseren Antrag "Aufhebung der Besetzungssperre", mit der 120 Millionen DM eingespart werden sollten. Ich meine, daß es zum Selbstverständnis des Parlaments gehört, daß sich die Fraktionen, wenn sie nach mehrmaligem Nachfragen von Seiten des Finanzministers die Auskunft erhalten, daß die Ausweitung der Besetzungssperre von sechs

auf neun Monate eine Einsparung von 120 Millionen DM - als fiskalische Größe - erbringen würde, auf diese Aussage müßten verlassen können, und es weiterhin zulässig sein sollte, diese Zahl stellenscharf umzurechnen. Dieses haben wir getan. Ich darf Ihnen nur empfehlen, auch die Seite 2 des CDU-Antrages Drucksache 10/2696 zu lesen, wo klar ausgeführt ist, daß die Einsparung der 2 000 Stellen nach aufgabenkritischen Gesichtspunkten stattzufinden hat - also keine lineare Verteilung auf die einzelnen Ressorts, sondern unter aufgabenkritischen Gesichtspunkten.

Hier kann ich, Herr Trinius und Herr Kollege Dorn, eines nicht nachvollziehen. Die SPD-Fraktion behauptet, diese 400 Stellen habe sie zwar für das Haushaltsjahr 1988 finanziell gedeckt, und zwar durch Kürzungen in anderen Bereichen, aber nicht für die Folgejahre. Für diesen Zeitraum hat sie vielmehr der Landesregierung den Auftrag erteilt - das hat Herr Staatssekretär Dr. Leister während der Diskussion in der Arbeitsgruppe betont -, diese 400 Stellen mittelfristig im Grunde wiederum einzusparen. Was ist das denn? Es handelt sich dabei doch genauso um eine Vorgabe - allerdings undifferenziert nach Ressorts -, diese Ersparnis zu erbringen. Wo liegt der methodische Unterschied zu unserem Antrag, wenn wir sagen, unter aufgabenkritischen Gesichtspunkten müßten in 1988 diese 2 000 Stellen eingespart werden? Ich sehe da keinen Unterschied.

Herr Kollege Dorn, Sie müßten schon seriös argumentieren. Wir als CDU-Fraktion haben uns in die Pflicht begeben zu sagen: Wenn wir die Streichung der Besetzungssperre fordern, dann müssen wir zumindest eine Alternative einbringen, mit der die fiskalische Größe aus der Vorgabe des Finanzministers erreicht werden kann, denn sonst ist das gesamte Vorhaben unseriös. Ich glaube, diesem Auftrag, eine vergleichbare Größe für diese fiskalische Zielsetzung zu finden, sind wir nachgekommen.

Wir haben uns hier schon oft über Vor- und Nachteile der Besetzungssperre und über ihre Wirkungen unterhalten. Über eines sind wir uns auch im klaren: Die Besetzungssperre ist an und für sich nur eine fiskalische Methode, Einsparungsziele bzw. Kürzungsziele zu erreichen. Sie ist kein geeignetes Instrumentarium, unter aufgabenkritischen Gesichtspunkten die Personalplanung und den Personalbedarf in einem Land zu gestalten. Darüber herrscht Einigkeit. Wenn wir diese Besetzungssperre schon vier oder fünf Jahre oder noch länger fahren, so ist das doch ein

(Dautzenberg (CDU))

- (A) Eingeständnis der politischen Handlungsunfähigkeit, ein Eingeständnis, für diese stumpfe Waffe Besetzungssperre in dieser Zeit keine Alternative gefunden zu haben. Der Antrag der CDU-Fraktion bedeutet deshalb einen Einstieg, andere, kreativere Gesichtspunkte als die Anwendung dieser stumpfen Waffe "Besetzungssperre" zu finden. Nur eines geht nicht, nämlich die Besetzungssperre zu streichen und keine Alternative zur Erreichung der fiskalischen Zielsetzung vorzulegen.

Dies wollen wir mit unserem Antrag Drucksache 10/2696 zum Ausdruck bringen.

Gestatten Sie mir noch abschließend einen wichtigen Punkt anzuführen. Ich meine - Herr Kollege Trinius hat das schon ausgeführt -, daß wir als Arbeitsgruppe und als Haushalts- und Finanzausschuß im Parlament durchaus so selbstbewußt sein sollten, unsere Arbeit darzustellen. Wir nehmen uns selbst aber auch - das sage ich ehrlich - nicht ernster, als wir zu nehmen sind. Jedem muß allerdings klar sein, daß wir eine Arbeit begleiten, die immerhin 40 % des Haushaltsvolumens ausmacht. Jeder sollte einmal darüber nachdenken, ob denn der Stellenwert in der politischen Beurteilung dieser Arbeit immer angemessen ist. Unsere Auffassung sollte sein, uns bei den Damen und Herren der Landtagsverwaltung für die Begleitung als Gutachterdienst zu bedanken.

(Beifall)

(B)

Mit wenig Manpower begleitet er hier eine Arbeit, wo sein Gegenüber hoch bezahlte Ministerialbürokratie ist. Ich meine, für diesen Bereich wären wir noch sehr effizient. Das wäre vielleicht auch ein Vorbild für die sogenannte Bürgerkommission, was Effizienzsteigerung in der Verwaltung anbelangt.

(Arentz (CDU): Gibt es die denn schon?)

Einen Punkt möchte ich zum Abschluß noch einmal betonen: Wir sind uns einig, daß wir den ausgabenkritischen Ansatz wollen. Wir wissen auch, daß der Finanzminister in dieser Frage schon wesentlich weiter ist, als es das Kabinett selbst in der Führung des Ministerpräsidenten und vor allen Dingen des Staatssekretärs wahrhaben will. Wenn ich einmal die unterschiedlichen Positionen in unserer Grundsatzdiskussion am 3. November vergleiche, wo der Finanzstaatssekretär schon sehr gute, fundierte Vorgaben als methodischen Ansatz für die Aufgabenkritik dargestellt hat, und dann sehe, was am 7. Dezember durch den Staatssekretär in der

Staatskanzlei, Herrn Dr. Leister, dargestellt wurde, war das wiederum ein Rückschritt gegenüber den Vorgaben und Vorstellungen des Finanzministers. Hier käme es darauf an, daß die gesamte Landesregierung doch auch die Vorgaben des Finanzministers wirklich ernster nimmt und dies zu einer Führungsaufgabe der Landesregierung macht. Hier ist natürlich kein anderer gefordert als der Ministerpräsident. Wenn er dies nicht mit unterstützt, wird auch der Finanzminister - auch sein Nachfolger - für Jahre wiederum dicke Bretter bohren, ohne daß dabei im Ergebnis etwas herauskommt.

40 % Personalkostenquote: 40 % des Landeshaushaltes sind gebunden. An den Einnahmen gemessen, sind das 44 %. Wenn man die Kommunalisierungsgrade einbezieht, ist dies noch wesentlich höher anzusetzen. Hier liegt ein weites Feld vor uns. Nehmen wir diese Aufgabe gemeinsam an! Wir von der CDU-Fraktion aus sind bereit, diese Arbeit zukünftig mitzugestalten. Dann wäre es aber erforderlich, daß die Landesregierung mit Hilfe der Mehrheitsfraktion ihre Hausaufgaben macht, die geforderten Konzepte liefert. Wenn sich der Innenminister hier hinstellt und sagt: Sie haben ein Konzept bekommen, so war das doch kein Konzept, das war nur eine Zusammenfassung desjenigen, was man bisher vorhat. Aber das, was wir als Strukturkonzept für die Polizei verlangt haben, haben wir bisher nicht bekommen, das, was wir an Strukturkonzepten auch für die Lehrer haben wollen, haben wir bisher nicht bekommen. Wir sind mit bereit, wenn sich die Regierung aufgrund ihrer eigenen Ressortzuständigkeit schon nicht einigen kann, als Parlament vermittelnd tätig zu werden, zukünftig unter aufgabenkritischen Gesichtspunkten die Personalplanung zu machen. Ich darf Sie nur auffordern, diesen guten Willen nicht weiter zu strapazieren, sondern tatsächlich auch im Frühjahr mit den notwendigen Papieren überzukommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratungen zu den Stellenplänen. Die Abstimmung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt, jedenfalls nach 14.00 Uhr.

Ich rufe auf:

Einzelplan 09: Minister für Bundesangelegenheiten

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Abg. Dr. Heimes von der Fraktion der CDU.

(C)

(D)